



Leserbriefe an die Redaktion

Verkehr bricht zusammen

30. Dezember: „Teppich Kibek will nach Ahrensburg“

Man hat sich wohl über die Tragweite dieses Projektes noch keine Gedanken gemacht. Nicht nur, dass schon wieder ein Gebiet zersiedelt wird. Die verkehrlichen Auswirkungen werden gravierend sein. Zu den vier Verkehrsknoten an der Autobahn wird ein fünfter hinzukommen. Der Verkehr bricht jetzt schon regelmäßig zusammen. Überlegungen zur Lösung kommen auf einen zweistelligen Millionenbetrag und zehn Jahre. Der zusätzliche Verkehr ist nicht abzuwickeln. Ahrensburg könnte ein Eigentor schießen, wenn der Verkehr auf der Ostringverlängerung steht. Dann wird wieder in die Wohngebiete, insbesondere nach Großhansdorf, aber auch Siek-Meilsdorf, ausgewichen. So etwas hat Ahrensburg nicht gestört, aber man macht sich keine Freunde.

Aus Siek Sicht ist besonders die Schulwegsicherung über den Autobahnzubringer ein Problem. Angrenzend zu dem geplanten Gewerbe befindet sich mit dem Wiggersberg auf Sieker Gebiet ein besonders wertvolles Biotop, das auf jeden Fall zu schützen ist. Die Ahrensburger Begeisterung wird das wohl alles wegwischen, und es wird etwas zusammengeschustert, das jahrzehntlang Probleme bereiten wird. Ekkehard Heinbockel, FDP-Fraktion Siek

Einnahmen. Für die Bevölkerung Ahrensburgs bringt ein Teppichcenter keine Vorteile. Wie oft kaufen Sie neue Auslegeware? Man muss bedenken, dass alle Kunden zum Markt mit dem Auto fahren müssten. Wer die Verkehrssituation durch das stark erweiterte Gewerbegebiet in Siek mit dem dadurch auftretenden Staus an der A-1-Anschlussstelle vor Augen hat, wird nicht ernsthaft glauben, die Situation mit dem zusätzlichen Verkehrsaufkommen für Kibek irgendwie in den Griff zu bekommen. Für die Anwohner in Ahrensfelde wäre es schlichtweg eine Katastrophe. Die Bevölkerung darf nicht zulassen, wie Politiker aus finanziellen Überlegungen die unmittelbare Umgebung verhökern und damit den Charakter unseres schönen Ahrensburg unwiederbringlich verändern und zerstören. Manuel Ortuño

Blockierer feuern wieder

Partikular-Interessenten feuern mal wieder! Diese Argumente sollten immer mit berücksichtigt werden. Nur darf man Demokratie nicht missverstehen, denn der oberste Grundsatz lautet: Gemeinwohl geht vor Eigenwohl. Seine Eigeninteressen so einzusetzen, dass die Gemeinschaft blockiert oder gar gelähmt wird, zerstört das Gemeinwohl. Wir brauchen eine neue demokratische Instanz, die in vorgegebener kurzer Zeit transparent und ausgewogen entscheidet. Und die nicht bis auf das letzte teure Gutachten wartet. Volker Mennicken, Ahrensburg

Konzept ist falsch

Wer will von uns Ahrensburgern eigentlich die wachsende Stadt mit mehr Menschen, Autos, Parkhäusern, Straßen, Lärm, Wohngebieten und immer weniger Grün? Ich verstehe, dass bei dem Grundkonzept ein Zuzug von Handel und Arbeitsplätzen nützlich erscheint – aber das Konzept ist falsch. Wir zerstören unsere schöne Stadt zwischen Schloss, Tunneltal und Höltigbaum. Wenn wir nur aus finanzieller Not heraus wachsen wollen, möchte ich diese Endlosschleife an der Wurzel packen und einschneiden bei den Kosten beziehungsweise Angeboten ertragen. Daniela Kaakschließ

Die Zuschriften geben die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen vorbehalten. Schreiben Sie an stormarn@abendblatt.de oder per Post an die Regionalausgabe Stormarn des Abendblattes, Rathausplatz 22, 22926 Ahrensburg

Natur nicht zerstören

Kein Mensch in Ahrensburg und Umgebung braucht so einen Markt an diesem Standort. Vor Kurzem hat Ahrensburg ein riesiges Gewerbegebiet am Ostring der Natur geraubt. Wir haben ein gutes Anschauungsstück in der unmittelbaren Umgebung. Genauso wenig wie wir einen Megateppichhändler brauchen, genauso unverantwortlich war es, im Herzen von Großhansdorf ein Waldstück zu roden, um einen Supermarkt zu errichten. Wenn solche Flächen erstmal bebaut sind, werden sie in absehbarer Zeit nicht wieder renaturiert. Natürlich stoßen solche Ansiedlungen bei Politikern und Geschäftsleuten auf Zuspruch, sofern letztere nicht im direkter Konkurrenz mit dem neuen Nachbarn stehen. Die Motivation ist gleich, die Hoffnung auf zusätzliche

„30 Rechtsextreme im Kreis“

Innenminister Klaus Schlie im Abendblatt-Interview: NPD schwächelt, Aktionsgruppen in Stormarn stärker geworden

DOROTHEA BENEDIKT RALPH KLINGEL-DOMDEY MATTHIAS POPIEN

AHRENSBURG/KIEL :: Mit 17 trat er in die Junge Union ein, mit 18 in die CDU. 27 Jahre lang war er Kreistagsabgeordneter, seit 15 Jahren ist er Landtagsabgeordneter: Wäre die Nord-CDU ein Apfel, dann säße Klaus Schlie im Kerngehäuse. Der Möllner hat sich tief hineingefressen in diese Partei, die ihn erst zum Staatssekretär für Entbürokratisierung, dann zum Innenminister gemacht hat. Auch nach der Landtagswahl im Mai, die möglicherweise zu einem Regierungswechsel führt, wird er der Landespolitik wohl weiter erhalten bleiben. In seinem Heimatwahlkreis Lauenburg-Nord kandidiert der 57-Jährige erneut – und hat gute Siegchancen.



Hamburger Abendblatt: Welche Erkenntnisse haben Sie über rechtsextreme Gruppierungen im nördlichen Umland von Hamburg?

Schlie: Wir haben durch die Arbeit unseres Verfassungsschutzes seit Jahren einen guten Überblick. Die NPD schwächelt, die Partei hat immer weniger Mitglieder. Die sogenannten Kameradschaften, die sich auch Aktionsgruppen nennen, sind in den vergangenen Jahren stärker geworden. Die NPD hat landesweit 230 Mitglieder, die Kameradschaften haben mehr als 1330. Um in dieser Szene an Informationen zu kommen, brauchen wir unbedingt V-Leute.

Wie viele V-Leute setzt der Verfassungsschutz Schleswig-Holstein zurzeit in der Szene ein?

Schlie: Nächste Frage.

Sind es zehn, sind es mehr?

Schlie: Da bekommen Sie keine Auskunft. Allerdings können wir recht genau einordnen, wer was tut. Ich kann garantieren, dass wir nicht den Überblick über unsere V-Leute verlieren.

Wie stark ist die rechtsextremistische Szene in Stormarn, Norderstedt und Pinneberg?

Schlie: In Stormarn hat sich eine Gruppierung von Rechtsextremen im zweiten Halbjahr 2011 fester strukturiert. Das sind Leute, die sich als Autonome Nationalisten Stormarn bezeichnen. Dazu zählen etwa 30 Personen. Zehn von ihnen bilden den harten Kern. Das ist eine nicht zu vernachlässigende Größe. Nach unseren Kenntnissen kommt es immer wieder einmal vor, dass aus solchen Gruppierungen heraus Straftaten verübt werden. Allerdings ist in Stormarn die Tendenz erkennbar, dass die Zahl rechtsextremistischer Aktionen abnimmt.

Sind unter den Autonomen Nationalisten Stormarn auch gewaltbereite Rechtsextreme?

Schlie: Gewaltbereitschaft ist vom Grunde her nicht auszuschließen. Aber das gilt für alle diese rechtsextremistischen Gruppen.

Wie sieht es in den Kreisen Segeberg und Pinneberg aus?

Schlie: In Segeberg war die Beteiligung bei den wenigen Aktionen der NPD gering. Im Kreis Pinneberg gehört die NPD zum Bezirksverband Westküste. Der Vorsitzende ist Ingo Stawitz, der im Kreisgebiet wohnt. Gelegentlich organisiert er selbst Veranstaltungen, dabei bekommt er Unterstützung von einer Gruppe namens Jugend Pinneberg. Größere Aktionen der NPD im Hamburger Umland werden meist von der Hamburger NPD gesteuert.

Also ist die rechtsextreme Szene im Nordosten Hamburgs im Vergleich zu anderen Umland-Regionen am stärksten?

Schlie: Ja. Die Stormarner sind auch diejenigen, die Kontakte zu Rechtsextremen in anderen Bundesländern haben. Im Nordosten Hamburgs kommen noch die Lauenburger hinzu.

Kontakte in andere Bundesländer? Auch zur Zwickauer Zelle?

Schlie: Nach unserer derzeitigen Erkenntnislage gab es keine strafrechtlich relevanten Kontakte zum sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund. Aber das ist nur eine Momentaufnahme. Noch wird ermittelt. Wir müssen auch definieren, was mit Kontakten gemeint ist. Haben die Mitglieder beider Gruppierungen zum Beispiel gemeinsam Straftaten verabredet? Haben die einen die anderen bei Straftaten unterstützt? Solche Kontakte hat es nach derzeitigem Erkenntnisstand nicht gegeben. Das schließt nicht aus, dass es Treffen zum Beispiel bei Konzerten rechter Bands oder bei Versammlungen gab.

Wie stehen Sie zu einem NPD-Verbot? Schlie: Das Gefahrenpotenzial, das von den Kameradschaften ausgeht, ist der-

zeit definitiv größer als das der NPD. Da müssen wir bei der Debatte um ein NPD-Verbot sorgsam abwägen. Wenn ein Verbot dazu führt, dass wir Parteimitglieder in diese Kameradschaften hineinreiben, dann haben wir ein Problem. Denn diese Gruppierungen sind schwieriger zu beobachten als eine Partei.

Sind die Ermittlungsbehörden nach Bekanntwerden der NSU-Mordserie wachsamer geworden?

Schlie: Wir haben jetzt eine zentrale Bewertung und Auswertung aller Informationen auf Bundesebene. Das hat es im Bereich Rechtsextremismus bisher nicht gegeben, sondern nur im islamistischen Bereich. Ich kann für unseren Landesverfassungsschutz sagen, dass wir die rechtsextremistische Szene nie aus dem Blick verloren haben. Die Verfassungsschützer in Schleswig-Holstein sind schon ein bisschen verärgert über die aktuelle öffentliche Diskussion. Der Verfassungsschutz in Thüringen hat in Sachen NSU offensichtlich schwere Fehler gemacht. Der in den Medien geäußerte Vorwurf lautet nun, das sei ein Systemfehler aller Verfassungsschutzbehörden in Deutschland. Das ist so nicht richtig. Wir in Schleswig-Holstein haben uns nichts vorzuwerfen. Wir wa-

ren nicht auf dem rechten Auge blind.

Wieso kursieren dann aber im Internet Videos mit rassistischem Inhalt – aufgenommen in Lübeck und Stormarn –, ohne dass die Behörden das mitbekommen?

Schlie: Das waren Videos auf dem Internetportal Youtube. Dort gibt es Millionen Videos. Wenn da ein Film strafrechtlich relevante Inhalte hat, fällt das – wie in diesem Fall – nur zufällig auf. Wir können diese riesige Datenmenge nicht systematisch unter die Lupe nehmen, das ist personell nicht zu leisten. Daraus kann man dem Verfassungsschutz keinen Vorwurf machen. Wir appellieren deshalb an alle Bürger, Behörden zu informieren, wenn ihnen im Internet strafrechtlich relevante Inhalte auffallen.

In Glinde gibt es seit Monaten fortwährend Proteste gegen einen Thor-Steinard-Laden.

Schlie: Ich bewundere die Ausdauer der Bürger, die dort Flagge gegen Rechts zeigen. Und ich ermuntere sie dazu, unbedingt weiterzumachen. Ich halte das für wichtig, denn solche Läden bereiten Rechtsextremen das Feld.

Themenwechsel. Probleme gab es in jüngerer Vergangenheit mit der Regional-

leitstelle Südwind in Lübeck. Rund 15 Prozent der Anrufer, die den 110-Notruf wählen, hängen bis zu zwei Minuten in der Warteschleife. Das ist wohl nicht im Sinne des Erfinders?

Schlie: Da gab es technische und personelle Probleme. Das war so nicht absehbar. Jetzt haben wir aber das Personal aufgestockt.

Eigentlich wollten Sie doch mit der Zusammenlegung der Leitstellen im Land Personal einsparen.

Schlie: Ursprünglich haben meine Vorgänger damit gerechnet, 86 Stellen einsparen zu können. Heute sind wir jedoch wieder bei der gleichen Personalstärke wie vor der Regionalisierung. Denn mit der neuen Technik gibt es auch viel mehr Arbeitsschritte als zuvor. Beispielsweise können die Disponenten einen Notruf nicht vom Eingangs-PC auf den Dokumentations-PC übertragen. Dies geht aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht. Ich halte diese Regelung für unsinnig. Daran müssen wir arbeiten.

Es gibt noch weitere Probleme beim Notruf. Wer mit dem Handy bei der Leitstelle anruft, hört ein Freizeichen. Jedoch klingelt das Telefon der Disponenten erst nach zehn Sekunden. Wie wollen Sie das abstellen?

Schlie: Das ist ein Problem des Providers, also der Betreiber von Handynetzen. Ich kann noch nicht sagen, ob es eine Lösung geben wird. Aber wir fordern die Betreiber auf, diesen untragbaren Zustand zu beheben.

Die Polizei selbst macht sich dafür stark, die 4265 Stellen im Land unzuverteilen. Was bedeutet das?

Schlie: Wir haben eine strategische Lücke bei der Landespolizei: zu wenig Polizisten im operativen Bereich, also im Ermittlungs- und Streifendienst. Ein Problem, dass wir seit mindestens zehn Jahren kennen. Deswegen habe ich die Entscheidung getroffen, das Polizeiorchester aufzulösen und den Tag der Landespolizei abzuschaffen. Denn mit der Planung für diesen Tag der offenen Tür waren das ganze Jahr über bis zu neun Mitarbeiter beschäftigt. Und ich habe die Polizeishow in Kiel und Neumünster abgeschafft. Die Ausbildung von Beamten, die derzeit an drei Stellen im Land stattfindet, soll konzentriert werden, damit wir mit weniger Personal auskommen. Zudem wird die Verteilung der Beamten in Schleswig-Holstein überprüft. Eine Arbeitsgruppe hat ein Zwischenergebnis vorgelegt. Demnach soll im Kreis Stormarn die Schutzpolizei personell aufgestockt werden. Das Endergebnis wird im März vorliegen.

Herr Schlie, Sie sind auch für die Landesplanungsbehörde zuständig. Aus Barsbüttel gab es im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung des Gewerbegebiets Kritik an dieser Behörde. Teilen Sie diese?

Schlie: Nein, sie ist mir völlig unverstündlich. Das beruht entweder auf einem Missverständnis oder darauf, dass sich da jemand wichtig machen wollte. Es gibt Einvernehmen mit den Stormarnern darüber, dass wir in Stormarn mehr Platz für Gewerbe schaffen. In Barsbüttel hatten wir sogar noch mehr Flächen vorgeschlagen als jetzt beantragt werden. Es gibt landesplanerische Grundsätze, die eingehalten werden müssen. Und wir müssen uns in der Metropolregion abstimmen. Aber wir sind Stormarn sehr weit entgegengekommen.

In Stormarn wurde behauptet, die Landesplanungsbehörde führe keine Zielabweichungsverfahren mehr durch, weil die Regionalplanung in Kürze in die Hände der Kommunen gelegt werde.

Schlie: Natürlich arbeitet die Landesplanungsbehörde, noch ist die Kommunalisierung nicht erfolgt. Um es mal ganz deutlich zu sagen: Ich bin schon ziemlich verärgert über den Quatsch, den ich da manchmal hören muss.

Diese Planungsprozesse sind sehr zeitaufwendig. Wie kann man das beschleunigen?

Schlie: Wir werden Regionalplanung in die Verantwortung der Kreise geben. Die entscheiden gemeinsam, in welche Richtung ihre Entwicklung geht. Dann können die Kommunen ihre Gewerbegebiete schnell und zügig selbst auf den Weg bringen. Die Landesplanungsbehörde hat nur noch die Rechtsaufsicht. Ich halte den Vorwurf übrigens auch für falsch, dass es bislang stets zu lange gedauert hat. Die Arbeitskapazität der Landesplanungsbehörde ist begrenzt, und Anträge werden bisweilen nicht entscheidungsfähig vorgelegt.

Herr Schlie, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Minister Klaus Schlie (L) im Gespräch mit Abendblatt-Mitarbeiterin Dorothea Benedikt und Regionalchef Ralph Klingel-Domdey Foto: Birgit Schücking

TERMINE, NOTDIENSTE, KINO, TV

AMMERSBEK Alte Apotheke, Wellingsbütteler Weg 115, Hamburg-Wellingsbüttel

BAD OLDESLOE/REINFELD Privilegierte Apotheke, Paul-von-Schoenaich-Straße 25, Reinfeld

BARGTEHEIDE Stadt-Apotheke, Jersbeker Straße 12 (bis 21 Uhr)

BARSBÜTTEL Berliner-Bar-Apotheke, Stiefenhoferplatz 4

GLINDE/OSTSTEINBEK/REINBEK Bahnhof-Apotheke, Weidenbaumsweg 1, Hamburg-Bergedorf

TRITTAU Markt-Apotheke, Kirchenstraße 6 (bis 21 Uhr)

OHO-KINOCENTER BAD OLDESLOE Hamburger Straße 13 Telefon 04531/25 71 www.oho-kino.de

Sherlock Holmes 2: Spiel im Schatten heute 15, 18.15 und 20.30 Uhr (ab 12 Jahren)

Alvin und die Chipmunks 3: Chipbruch heute 15 und 16.30 Uhr (jugendfrei)

Mission: Impossible – Phantom Protokoll heute 18 und 20.30 Uhr (ab 12 Jahren)

Der gestiefelte Kater heute 14.30, 16.15 Uhr (jugendfrei)

SAT.1 Live für Hamburg & Schleswig-Holstein (17.30 bis 17.55 Uhr)

Geplantes Thema, heute: Ein Jahr nach dem Dixoin-Skandal: Was hat sich geändert?

RTL NORD Guten Abend Schleswig-Holstein (18 bis 18.30 Uhr)

Geplantes Thema, heute: Der Weihnachtsbaum muss raus.

Happy New Year heute 20 Uhr (ab 12 Jahren)

Breaking Dawn Teil 1 – (Bis-) zum Ende der Nacht heute 17.30 Uhr (ab 12 Jahren)

CINEMA PARADISO BARGTEHEIDE Hamburger Straße 3 Telefon 04532/26 62 52 www.kino-bargteheide.de

Cheyenne – This must be the Place heute 17.45 Uhr (ab 12 Jahren)

Kein Sex ist auch keine Lösung heute 20.15 Uhr

Sind unter den Autonomen Nationalisten Stormarn auch gewaltbereite Rechtsextreme? Schlie: Gewaltbereitschaft ist vom Grunde her nicht auszuschließen. Aber das gilt für alle diese rechtsextremistischen Gruppen.

Wie stark ist die rechtsextremistische Szene in Stormarn, Norderstedt und Pinneberg? Schlie: In Stormarn hat sich eine Gruppierung von Rechtsextremen im zweiten Halbjahr 2011 fester strukturiert. Das sind Leute, die sich als Autonome Nationalisten Stormarn bezeichnen. Dazu zählen etwa 30 Personen. Zehn von ihnen bilden den harten Kern. Das ist eine nicht zu vernachlässigende Größe. Nach unseren Kenntnissen kommt es immer wieder einmal vor, dass aus solchen Gruppierungen heraus Straftaten verübt werden. Allerdings ist in Stormarn die Tendenz erkennbar, dass die Zahl rechtsextremistischer Aktionen abnimmt.

Wie sieht es in den Kreisen Segeberg und Pinneberg aus? Schlie: In Segeberg war die Beteiligung bei den wenigen Aktionen der NPD gering. Im Kreis Pinneberg gehört die NPD zum Bezirksverband Westküste. Der Vorsitzende ist Ingo Stawitz, der im Kreisgebiet wohnt. Gelegentlich organisiert er selbst Veranstaltungen, dabei bekommt er Unterstützung von einer Gruppe namens Jugend Pinneberg. Größere Aktionen der NPD im Hamburger Umland werden meist von der Hamburger NPD gesteuert.

Also ist die rechtsextreme Szene im Nordosten Hamburgs im Vergleich zu anderen Umland-Regionen am stärksten? Schlie: Ja. Die Stormarner sind auch diejenigen, die Kontakte zu Rechtsextremen in anderen Bundesländern haben. Im Nordosten Hamburgs kommen noch die Lauenburger hinzu.

Kontakte in andere Bundesländer? Auch zur Zwickauer Zelle? Schlie: Nach unserer derzeitigen Erkenntnislage gab es keine strafrechtlich relevanten Kontakte zum sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund. Aber das ist nur eine Momentaufnahme. Noch wird ermittelt. Wir müssen auch definieren, was mit Kontakten gemeint ist. Haben die Mitglieder beider Gruppierungen zum Beispiel gemeinsam Straftaten verabredet? Haben die einen die anderen bei Straftaten unterstützt? Solche Kontakte hat es nach derzeitigem Erkenntnisstand nicht gegeben. Das schließt nicht aus, dass es Treffen zum Beispiel bei Konzerten rechter Bands oder bei Versammlungen gab.

Wie stehen Sie zu einem NPD-Verbot? Schlie: Das Gefahrenpotenzial, das von den Kameradschaften ausgeht, ist der-

AHRENSBURG Mittwoch, 4. Januar Interkultureller Gesprächskreis, 19.45 Uhr, VHS, Bahnhofstraße 24 (Eintritt frei).

Jazz-Lite-Orchestra, 20 Uhr, Marstall, Lübecker Straße 8.

BARGTEHEIDE Mittwoch, 4. Januar Blutspenden, 14 bis 19.30 Uhr, DRK, Alter Sportplatz 8.

REINBEK Mittwoch, 4. Januar Neujahrsgala mit dem Orchester des Musiktheaters Prag, 20 Uhr, Sachsenwald-Forum, Hamburger Straße 5-7 (Eintritt: 28 bis 43 Euro).

ARZTENOTDIENST Zentrale Notdienst-Nummer: 01805/11 92 92 (14 Cent/Minute)

ANLAUFPRAXEN Asklepios-Klinik Schützensstraße 55, Bad Oldesloe (heute 20 bis 22 Uhr)

St. Adolf-Stift Hamburger Straße 41, Reinbek (heute 19 bis 21 Uhr)

APOTHEKEN Heute, 3. Januar

AHRENSBURG/GROSSHANSDORF West-Apotheke, Wulfsdorfer Weg 93, Ahrensburg

IMPRESSUM

Hamburger Abendblatt

Regionalausgabe Stormarn

Ahrensburger Zeitung

Anschrift von Redaktion und Anzeigenvertretung: Rathausplatz 22, 22926 Ahrensburg und Axel-Springer-Platz 1, 20350 Hamburg

Verantwortlicher Redakteur dieser Ausgabe: Hinneke Blombach

Redaktionsleitung: Hinneke Blombach (hib) 04102/88 65 0

Redaktion: Claas Greite (cg) 04102/88 65 18, Thies Jonas (tj) 04102/88 65 12, Harald Klitz (kx) 04102/88 65 17, Matthias Popien (pop) 04102/88 65 16, Martina Tabel (M.T.) 04102/88 65 14; Sport: Thomas Jaklitsch (tj) 04102/88 65 11

Sekretariat: 04102/88 65 45 Telefax: 04102/88 65 55 E-Mail: stormarn@abendblatt.de / stormarn-sport@abendblatt.de

Anzeigen: Dirk Seidel (verantwortlich), Vertrieb/Zustellung/Urlaubsvergabe: 040/33 39 40 11 Verlag und Druck: Axel Springer AG, Axel-Springer-Platz 1, 20350 Hamburg, Telefon (040) 347-00

Anzeigenpreisliste Nr. 66 v. 1. 1. 2012

Anzeigenvertretung: 04102/6 67 47 10 / Telefax: 04102/6 67 47 19 / E-Mail: stormarn.anzeigen@abendblatt.de